Posener Zeitung.

№ 215. Freitag den 15. September. 1848.

An die Zeitungsleser.

Beim Ablauf des 3ten Quartals bringen wir in Erinnerung, daß hiesige Leser für dieses Blatt 1 Rthlr. 7½ Sgr., auswärtige aber 1 Rthlr. 9½ Sgr. als vierteljährliche Pränumeration zu zahlen haben, wofür diese mit Ausnahme des Montags täglich erscheinende Zeitung, welche zweimal wöchentlich von dem Beiblatt „Ergänzungsblätter" begleitet wird, auf allen Königlichen Postämtern durch die ganze Monarchie zu haben ist. — Die Pränumeration für ein Exemplar auf Schreibpapier beträgt 15 Sgr. für das Vierteljahr mehr, als der oben angesetzte Preis. — Bei Bestellungen, welche nach Anfang des laufenden Vierteljahres eingehen, ist es nicht unsere Schuld, wenn die frühern Nummern nicht nachgeliefert werden können.

Posen, den 15. September 1848.

Die Zeitungs-Expedition von W. Decker & Comp.

Inland.

Berlin, den 14. Sept. Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: dem evangelischen Kantor und Kirchschullehrer Vollberg in Balga, Regierungsbezirk Königsberg i. Pr., das Allgemeine Ehrenzeichen, sowie dem Land- und Stadtgerichts-Assessor Milo zu Labiau den Charakter als Land- und Stadtgerichtsrath zu verleihen.

☐ Berlin, den 12. September. Das Gerücht, es werde von Seiten des Königs, in Folge des Beschlusses vom 7. September an die hiesige Nationalversammlung eine Eröffnung über deren Stellung zur Staatsverwaltung erlassen werden, hat zwar, was die erwartete Form angeht, keine Bestätigung erhalten: der Sache nach ist jedoch eine solche Kundgebung in den beiden vom Ministerium in der gestrigen Sitzung vorgelegten Schriftstücken wohl ausgesprochen. In ihrem Entlassungsgesuch bekennen sich die Minister zu dem Prinzip, daß ohne Gefährdung der konstitutionellen Monarchie die Anordnung von Verwaltungsmaßregeln der Thätigkeit der Nationalversammlung nicht angehören könne. Sie erklären dann ausdrücklich, nicht deßhalb ihren Rücktritt zu wünschen, weil ein Aufgeben jenes Prinzips Seitens der Krone nunmehr nothwendig geworden sei, sondern nur weil sie in der Abstimmung der Versammlung ein gegen ihre Personen gerichtetes Mißtrauensvotum fänden. Nicht also eine principielle, vielmehr einzig eine ministerielle Frage, meinen sie, sei Donnerstag entschieden worden. Indem nun der König laut seiner Erwiederung zwar der vorgetragenen Bitte Folge leistet, andererseits aber das vom Ministerium verfochtene Prinzip zu dem seinigen macht, so liegt auf der Hand, daß von unserem nächsten Ministerium eine Aenderung des Regierungssystems, sofern es mindestens jene principielle Frage berührt, nicht zu erwarten stehe. Dafür bürgt überdies der Name Beckeraths, der zur Bildung eines neuen Cabinets berufen worden ist. Natürlicherweise sind unsere Radikalen, die bereits das ganze Schlachtfeld inne zu haben wähnten, doppelt unzufrieden. Weder ein Portefeuille, noch ein Prinzip erfochten! Das ist ein zu arger Mißlaut nach den geräuschvollen Siegeshymnen. Es ist klar, daß die nächsten Kammersitzungen, die vorläufig bis zum 14. ausgesetzt sind und, wenn bis dahin das neue Ministerium noch nicht zu Stande gekommen sein wird, aufs Neue werden vertagt werden, eine Fortsetzung des Kampfes bringen müssen; und um so größere Heftigkeit läßt sich von ihm gewärtigen, weil er dem königlichen Veto gegenüber auf parlamentarischen Boden sich in seinem letzten Stadium befinden wird. Man kann jedoch der Entscheidung mit Ruhe entgegenblicken, denn es hat nicht das Ansehen, als werde sie den blinden Leidenschaften neue Triumphe bereiten. Sollen ja doch bereits mehrere Mitglieder der Nationalversammlung, die am 7. der Majorität sich angeschlossen haben, übereingekommen sein, die Versammlung zur ausdrücklichen Erklärung zu veranlassen, daß mit jenem Beschluß durchaus kein Prinzip habe geltend gemacht werden sollen.

△ Berlin, den 13. September. Der Verein für Volksrechte, einer der stark besuchten radikalen Vereine, hielt gestern eine Sitzung, an welcher die beiden in jüngster Zeit so viel genannten Abgeordneten Waldeck und Stein Theil nahmen. Die Sitzung war sehr geeignet, um tiefere Blicke in die Pläne der radikalen Partei thun zu lassen. Gegen ein Ministerium Beckerath sprach man sich gleich von vorne herein aus, das müsse wo möglich gleich bei seinem Auftreten, gleich am ersten Tage wieder gestürzt werden. Beckerath hätte mit zu den Männern gehört, die auf dem Landtage Opposition gemacht, die damals also liberal gewesen. Die früheren Liberalen könne man aber nicht mehr gebrauchen. (Sind denn die Herren Radikalen unter dem Absolutismus nicht in der Opposition gewesen? Soll denn also etwa aus den ehemals Servilen das Ministerium genommen werden?) Man habe nach der Abstimmung am 7. bei dem vorausgesetzten Sturze des Ministeriums von dem Volke andere Namen nennen hören, die jetzt das Ruder in die Hand nehmen sollten. (Also auf einen egoistischen Personenwechsel ist es abgesehen!) Wichtiger aber noch als dieser so verabredete Kampf gegen das erst noch zu bildende neue Ministerium war die Art, wie man sich aussprach für den Fall, daß das Ministerium Beckerath sich ebenfalls weigern sollte, den Beschluß der Nationalversammlung auszuführen. Der Abgeordnete Stein erklärte ziemlich unumwunden, daß dann die Nationalversammlung das Heft der Regierung selbst in die Hand nehmen werde, daß man dann auch die letzten Consequenzen nicht mehr scheuen werde, daß dann Niemand Herr im Lande sein werde als die Nationalversammlung. Natürlich wurden alle solche Aeußerungen mit stürmischem Jubel aufgenommen. Der Abgeordnete Waldeck sprach nicht so unumwunden als Stein, sprach auch geistvoller und gehaltvoller, scheint überhaupt wohl mehr das eigentlich bewegende Prinzip, während Stein nur ein ungenirter Dutzendmensch ist, der von höheren Potenzen aber sehr brauchbar verwendet wird. — Gegen das zweideutige Benehmen des bekannten Volksführers Held aber sprachen sich sämmtliche Redner ganz entschieden aus. Niemand wollte eine solche Verbindung mit der reaktionären Adelsaristokratie gut heißen, wie sie Held durch die Vermittlung des Präsidenten des Preußen-Vereins, v. Katte, geschlossen haben soll.

Berlin, den 10. Sept. Die Cabinetsordre vom 1. Januar 1798, auf welche der Abgeordnete Grebel in seiner Rede am 7. September hingewiesen hat, hat bereits im J. 1845, als sie die Preußische Geschichte von Dr. Cohnfeld erwähnte und Berliner Zeitungen sie wiederholten, mehrfache Untersuchungen in den Archiven zur Folge gehabt, da dieselbe in den Armeebefehlen nirgends zu finden war. Man fand endlich in dem Archiv des General-Direktorii, welches sich im sogenannten Lagerhause in Berlin befindet, ein offizielles Aktenstück, aus welchem man mit Bestimmtheit ersieht: daß diese im J. 1798 verbreitete Cabinetsordre von Leuten in Berlin und Breslau, die darin ihr Interesse fanden, fingirt worden ist, und als die Verbreiter derselben von den Commandanturen jener Städte zur Untersuchung gezogen wurden, blieb endlich die Schuld auf dem Bedienten eines Generals sitzen.

Berlin, den 13. Sept. Dem Vernehmen nach wird der bisherige Kriegsminister v. Schreckenstein das Kommando über das 3. Armeecorps erhalten, dessen General-Kommando sich gegenwärtig in Frankfurt a./O. befindet, und das, wie es schon früher einmal der Fall war, dann nach Berlin verlegt werden soll.

— Freiligrath's Verhaftung war der Gegenstand einer am 31. August stattgefundenen Volksversammlung zu Düsseldorf. Eine Adresse an den Königl. Generalprokurator Nikolovius in Köln, welche gegen diese provisorische Verhaftung protestirt, die Bürgschaft für Freiligrath anbietet und mit einer Beschwerde droht, fand über 1200 Unterschriften.

Potsdam, den 13. September. Wir haben gestern Abend, spät 9—11 Uhr, hier sehr bedauerliche Straßen-Excesse durch Militär und Volk und Barrikadenbau gehabt. Es war nämlich von einem hiesigen Demokraten eine Dankadresse von Seiten der Soldaten an den Abgeordneten Stein wegen des bekannten Antrages entworfen und verbreitet. Diese hatte besonders unter dem in den Commüns casernirten Füsilier-Bataillon des zweiten (vormals Berliner) Garderegiments zahlreiche Unterschriften gefunden. Darüber war eine Disciplinaruntersuchung eröffnet und mehrere der Unterzeichner wurden arretirt; das Bataillon aber erhielt Stubenarrest in der Kaserne. Die Füsiliere aber brachen aus, überwältigten die Wache und kamen nach Potsdam, wo sie der hiesigen Bürgerschaft wiederholt Hurrah riefen. Arbeiter und Andere aus dem Volke fraternisirten mit den Soldaten und zogen vor das Militärgefängniß, um die Gefangenen mit Gewalt zu befreien. Dort aber (neben der Garde-du-Corps-Kaserne) war schon eine Chaine von Füsilieren des ersten Garderegiments gezogen. Der Tumult wurde immer ärger. Noch war aber kein Steinwurf gefallen, da brach eine Abtheilung Garde du Corps in die Volksmenge und hieb — wie allgemein behauptet wird — ohne vorhergegangene Warnung scharf ein. Verwundungen erfolgten. Die Menge wurde wüthend. Man riß Pflastersteine auf, brach die Eisenstangen aus dem Geländer am Kanal, nahm die Bretter von der Laufbrücke auf und bauete Barrikaden. Ein Garde du Corps soll vom Pferde gerissen sein, der Polizei-Direktor, der zum Frieden mahnen wollte, wurde durch Insulten genöthigt sich zurückzuziehen, ein Polizeibeamter wurde verwundet, Fenster wurden eingeworfen — auch im Regierungs-Gebäude; zum ernstlichen Kampf kam es indeß nicht. Die Bürgerwehr, durch Generalmarsch zusammen berufen, erschien sparsam und zeigte wenig Neigung sich in dieser Militärangelegenheit einzumischen, die ganze Stadt war in Bewegung. In dem gefüllten Schauspielhause entstand ein furchtbares Gedränge nach dem Ausgange zu, so daß mehrere Damen fast todtgedrückt wurden. — Auf heute Abend besorgt man neue Bewegungen, doch sind ernstliche Maßregeln bereits dagegen vorbereitet.

Stettin, den 11. September. Laut an heutiger Börse aufliegender Meldung haben Deputirte der Herren Vorsteher der Kaufmannschaft in Berlin die Zusicherung erhalten, daß der Waffenstillstand von Seiten Preußens unter allen Umständen werde aufrecht erhalten werden. General Wrangel sowohl als der Major Wildenbruch und der Legationsrath Philippsborn seien bereits in diesem Sinne instruirt. Uebrigens stehe zu erwarten, daß die zwischen Frankfurt und Berlin entstandene Meinungsverschiedenheit durch ein Conclusum der Deutschen Nationalversammlung binnen Kurzem ihre Ausgleichung finden werde und daß der von Preußen und Dänemark gebilligte Rücktritt des Grafen Moltke die größten Schwierigkeiten gehoben habe. (Ostsee-Z.)

Frankfurt, den 10. September. Dahlmann hat seine Ermächtigung dem Reichsverweser zurückgegeben; in Folge dessen ist Herrmann von München berufen worden. Letzterem wird es noch viel weniger gelingen, ein Cabinet zu bilden. Vor der Entscheidung der Kammer wird und kann kein Cabinet zu Stande kommen. Am 12., längstens am 13. d. M. wird die Frage des Waffenstillstands zur Verhandlung kommen. Den Stand der Meinungen im Ausschusse kann ich Ihnen mittheilen. 11 Stimmen haben sich für, 8 gegen die Suspendirung des Waffenstillstands ausgesprochen. Nunmehr haben 9 Mitglieder für und 9 gegen die Ratifikation gestimmt. Heckscher hat als Minister im Ausschusse des Votums sich begeben.

Frankfurt, den 10. Sept. Die nunmehr zur Vorlage gelangten Aktenstücke über die Schleswig-Holsteinischen Angelegenheiten bilden ein Folioheft von 92 Seiten, das in zwei Abtheilungen, Bundestag und Centralgewalt, unter 22 Nummern gegen 70 Mittheilungen, bestehend in Protokoll-Auszügen des ehemaligen Bundes vom 2. April an, in Berichten, Depeschen, Noten

und Auszügen aus solchen, Entwürfen zu Waffenstillständen und Gegenentwürfen von Preußischen, Britischen, Schwedischen, Französischen, sowie Russischen Diplomaten und Ministern in London, Berlin, Kopenhagen, Paris, sowie der Centralgewalt enthält und mit einer Mittheilung des Preußischen Bevollmächtigten Camphausen schließt, in welcher er unter dem 7. Septbr. dem Reichsministerium das zur Niederlegung im Archiv der provisorischen Centralgewalt bestimmte Exemplar der Waffenstillstandskonvention übersendet. Aus der Masse der Aktenstücke hier nur Einiges. Unterm 18. April richtete der Britische Gesandte Gr. v. Westmoreland in Berlin an den Preußischen Minister des Auswärtigen, v. Arnim, folgende Note: „Ich empfange so eben eine Depesche, in welcher Lord Palmerston unter Bezugnahme auf meine Berichte, welche die Absichten der Regierung Sr. Maj. des Königs von Preußen ankündigten, seine Truppen in das Herzogthum Schleswig einrücken zu lassen, mir befiehlt, die sehr angelegentliche Hoffnung der Regierung J. M. der Königin zu erkennen zu geben, daß diese Absicht nicht ausgeführt werden möchte, oder, wenn sie es schon wäre, daß unverweilt Befehle zum Rückzug der Preußischen Truppen aus Schleswig abgesendet würden.“ Die Depesche verweist im Weitern auf die Englische Garantie von 1720. Der Schwedische Minister des Auswärtigen richtet unterm 23. Juli an den Schwedischen Gesandten Frhrn. d'Ohsson in Berlin eine Depesche, in welcher der vom General Wrangel erhobene Vorbehalt der Ratifikation des ersten Waffenstillstandes von Malmöe im Einverständniß mit Dänemark ein absolut unzulässiger genannt wird. Im Auszug eines Berichts des Preußischen Gesandten Bunsen aus London vom 23. Juli heißt es über denselben in Malmöe verhandelten Waffenstillstand: „Ich habe nicht verfehlt, bereits unter dem 15. Juli den Eingang des verehrlichen Erlasses vom 8. Juli über den in Malmöe verhandelten Waffenstillstand anzuzeigen. Seitdem habe ich hier in dem Sinne desselben alles Erklärende und Beruhigende gesagt, wozu jener Erlaß mir die Veranlassung darbot. Näheres habe ich nicht berichtet, theils, weil man auch hier auf bestimmtere Nachricht wartete, theils weil ich die Besorgnisse nicht aussprechen mochte, zu welchen der Vorbehalt der Ratifikation Seitens des Reichsverwesers, und überhaupt die Abschließung des Waffenstillstandes mit Veränderung der provisorischen Regierung ohne alle Garantie für die Erreichung des Zweckes des Krieges selbst, mir, ich gestehe es, von Anfang an Veranlassung gab. Lord Palmerston schreibt in derselben Sache unter dem 25. Juli: Wenn die Preußische Regierung nicht im Stande sein sollte, dieselbe schleunig und befriedigend zu Ende zu bringen, so wird das Britische Gouvernement sich genöthigt sehen, sich gänzlich von jeder weiteren Betheiligung an Unterhandlungen zurückzuziehen, in welchen fortwährend so viele Schwierigkeiten von der einen Seite hervorgerufen werden, während von der andern Seite so viel versöhnlicher Geist, wenigstens in der letzten Zeit, gezeigt worden. Denn wenn nicht auf beiden Seiten der gleiche Wunsch vorhanden ist, zu einer billigen und befriedigenden Ausgleichung zu kommen, so wird das Amt der Vermittelung der Art, daß es dem Großbritanischen Gouvernement nicht ziemt, dasselbe noch länger zu übernehmen.“

Frankfurt a. M., den 11. Sept. (O. P. A. Z.) In der heutigen 75sten Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung brachte der Vorsitzende H. von Gagern ein ihm zugekommenes Schreiben des Abgeordneten Dahlmann aus Bonn zur Kenntniß der Versammlung, worin derselbe anzeigt, daß er in Folge der unüberwindlichen Schwierigkeiten, auf die er bei der von ihm beabsichtigten Bildung eines neuen Reichsministeriums gestoßen, sein Mandat wiederum in die Hände des Reichsverwesers zurückgegeben habe. Vice-Präsident von Hermann aus München ist zur Herbeiführung dieser Combination an Dahlmann's Stelle zum Reichsverweser berufen worden, woselbst er sich in dieser Stunde befindet. Mehrere Ausschußberichte werden verlesen und dem Abgeordneten Bassermann zur Begründung der Dringlichkeit eines Antrags auf Beschleunigung der Verfassungs-Berathung das Wort ertheilt.

München, den 8. Sept. Ein eigenthümlicher Fall ereignete sich heute Morgen in der Metropolitankirche zu U. L. F. Der Geistliche, welcher predigte, soll gegen den Jesuitismus unter Anderem Aeußerungen gethan haben, die auf der Kanzel einer katholischen Kirche unzulässig erscheinen mochten. Einige Geistlichen begaben sich daher sofort auf die Kanzel und entfernten den Prediger — ein Vorfall, der große Störung in der Kirche und bedeutendes Aufsehen unter den Anwesenden hervorrief. Welchen Eindruck dieses Ereigniß in der Stadt macht, läßt sich leicht ermessen. — Durch Regierungsschreiben vom 6. Sept. ist bestimmt, daß die Erlassung von Aufrufen und die Vornahme von Sammlungen für die Deutsche Flotte unter die verordnungsmäßigen Bestimmungen über die Collekten nicht zu subsumiren seien. (N. C.)

Stuttgart, den 6. Sept. Nach Mittheilungen aus Frankfurt hat der Fürst v. Hohenzollern-Sigmaringen, bevor er die Regierung zu Gunsten seines Sohnes niederlegte, mit mehren dortigen Staatsmännern und Reichsabgeordneten sich besprochen. Die ursprüngliche Absicht des Fürsten und seiner Familie, auf das Fürstenthum gänzlich zu verzichten und dasselbe für reichsunmittelbar zu erklären, soll von fast allen zu Rathe gezogenen Staatsmännern gebilligt worden sein. Hr. v. Carlowitz sei jedoch der Ansicht gewesen, daß die Reichsunmittelbarkeit des Stammlandes der Preußischen Dynastie ein allzu auffallendes, für Preußen sehr unangenehmes Ereigniß sein würde, und seinem Einflusse vorzüglich soll es gelungen sein, den Fürsten von diesem Schritte abzuhalten. (Sch. Vlksz.)

Mainz, den 8. September, 3 Uhr Nachmittags. Die Lage unserer Stadt ist beklagenswerth. Heute, Freitag, wo unser Hauptwochenmarkt gehalten wird, bei welcher Veranlassung die Stadt gewöhnlich lebhafter als sonst ist, wurde der Markt durch einige händelsuchende Soldaten gestört, indem auf dem Marktplatze heute dieselbe Scenen wie gestern Abend sich erneuerten, so daß die Ladenbesitzer schließen mußten und die Landleute sich beeilten, die Stadt zu verlassen. Einzelne Fremde, die gerade mit dem Dampfboote hier anlangten, fuhren schnell wieder ab. Vor einer halben Stunde wurde aus dem Preußischen Militairgefängnisse des Eisenthurms von einem Soldaten der Wachtmannschaft auf das gegenüber liegende Haus des Weinwirths Racky geschossen, ohne glücklicherweise jemand zu treffen, indem die Kugel im Fenstergesimse stecken blieb. Von herbeigeeilten Oesterreichischen Patrouillen wurden vier Preußische Soldaten im Militairgefängnisse selbst arretirt und auf die Oesterreichische Hauptwache gebracht. In der Quintinsgasse haben heute Morgen die Preußen im Vorüberlaufen sämmtliche Fenster und Montres des Erdgeschosses zertrümmert. Für heute Abend befürchtet man großen Lärm. (O. P. A. Z.)

Mainz, den 8. Sept. Heute Abend waren wir Zeuge einer fürchterlichen Scene. Ein Arbeiter am Rheine hatte im Laufe des Mittags vorübereilende Preußen von einer Landungsbrücke der Dampfschiffe aus verhöhnt. Als nun später eine aus Preußen und Oesterreichern bestehende Patrouille hinzukam, begab sich der Mann in einen Nachen und stieß vom Ufer ab, um sich der Arrestation zu entziehen. Andere Rheinarbeiter eilten ihm mit Schiffgeräthschaften zu Hülfe. Als sie das Ufer wieder zu erreichen suchten, sollten sie festgenommen werden. Sie stießen ab und vereitelten mehrere Stunden lang alle Anstrengungen der Soldaten, ihrer habhaft zu werden. Endlich stiegen Preußische Soldaten ebenfalls in einen Nachen und verfolgten erstere; diese bemühten sich, durch die Rheinbrücke zu kommen, welche von Truppen wie besät war. In dem Augenblick, wo der verfolgende Nachen den Arbeitern dicht auf der Ferse war, sprangen diese in den Rhein. Einer davon wurde von den Verfolgern ergriffen, der andere schwamm glücklich durch die Brücke, aber dem Dritten schlug ein in dem Brückenschiff befindlicher Soldat mit einem Hacken zweimal auf den Kopf, er schwamm zwar noch einige Sekunden, ertrank aber dennoch, durch die erhaltenen Schläge betäubt. Auf diese That selbst folgte ein weittönendes Hurrah der anwesenden Soldaten. (O. P. A. Z.)

Dessau, den 11. Sept. Heute war der neue Entwurf eines Wahlgesetzes an der Tagesordnung. Man entschied sich einstimmig für die direkten Wahlen Die Bestimmung, daß Jemand mindestens ein halbes Jahr im Lande wohnen müsse, wenn er Wähler sein wolle, wurde gestrichen.

Oldenburg, den 7. September. Der Landtag begann heute die Berathung des Verfassungsentwurfs und faßte zwei sehr bedeutsame Beschlüsse. Zum §. 1. war vom Regierungstische eine Abänderung vorgeschlagen, welche die Absicht hatte, Ansprüche des Herzogl. Sonderburgischen und des Königl. Schwedischen Hauses auf die Nachfolge in ber Regierung zu berücksichtigen. Es wurde dies aber gegen eine Stimme abgelehnt. Zugleich nahm der Landtag hierbei Gelegenheit, mit eben solcher Einigkeit den Beschluß zu Protokoll zu legen, daß an einer andern Stelle des Staatsgrundgesetzes ausgesprochen werden müsse, daß dasselbe an keine agnatische Zustimmung gebunden sein könne. — In der gestrigen Sitzung erstattete der Abg. Kitz Bericht über die Birkenfelder Frage. Die Birkenfelder Abgeordneten ließen dadurch erklären, daß sie zwar nicht in einer bloßen Personaleinheit mit Oldenburg stehen, aber auch nicht zu einer bloßen Provinz von Oldenburg herabsinken wollen. Sie verlangen, daß das gegenseitige Verhältniß im vertragsmäßigen Wege festgestellt werde. Der Berichterstatter setzte näher aus einander und begründete durch Urkunden, daß das staatliche Verhältniß Birkenfelds zu Oldenburg bisher eine reine Personalunion gewesen, daß das Fürstenthum Birkenfeld lediglich vom Herzoge Peter Friedrich Ludwig und dessen Erben und Nachkommen, nicht aber vom Herzogthum Oldenburg erworben sei. Er beantragte zunächst die Verweisung der Sache an die Verfassungskommission. Die Frage ward nach dem Ergebnisse der Debatte zuvörderst in eine besondere Kommission verwiesen.

Hannover, den 9. Sept. Es sind bereits einige Truppen von der in Schleswig-Holstein stehenden Armee in Folge des Waffenstillstandes in das Königreich zurückgekehrt. (H. Z.) — Es wird hier mit Bestimmtheit versichert, daß unsere Truppen den Befehl erhalten haben, Schleswig-Holstein nicht zu verlassen. Es herrscht fast in allen Kreisen große Freude über den Beschluß der Reichsversammlung gegen den Waffenstillstand. Auch der Abgeordnete der Hauptstadt, Wachsmuth, hat das Vertrauen seiner Wähler gerechtfertigt und wie fast alle Hannoverschen Abgeordneten mit Dahlmann gestimmt. Am Hofe soll das Verfahren der Preußischen Minister gegen Schleswig-Holstein unumwunden getadelt werden. (W.-Z.)

Rendsburg, den 11. Sept. Gestern Abend machte der Gen. v. Wrangel bei seiner Reise durch Rendsburg den Mitgliedern der prov. Regierung einen Besuch und theilte denselben die erfreuliche Nachricht mit, daß er die bestimmte Hoffnung zu hegen Veranlassung habe, es werde das Dänische Gouvernement darein willigen, daß die Trennung unserer Truppen in Schleswigsche und Holsteinische während des Waffenstillstandes wegfalle und daß ferner der §. 7. der Waffenstillstands-Convention dahin verändert werde, daß die von der provisorischen Regierung erlassenen Gesetze und Verfügungen in Kraft erhalten würden und es der neuen Regierung nur frei stehe, einzelne Erlasse der provisorischen Regierung aufzuheben. Es läßt sich nicht verkennen, daß, wenn die von dem Gen. ausgesprochene Erwartung sich erfüllte, das Land aller Wahrscheinlichkeit nach sich mit dem Waffenstillstand versöhnen würde und dem tapfern Feldherrn für diese friedliche Eroberung zu großem Danke verpflichtet wäre.

Kiel, den 7. Sept. Der Graf Karl Moltke hat sich nach Hamburg begeben und von dort aus versucht, die in zweiter Reihe zu Regierungsmitgliedern designirten Männer zu gewinnen, aber auch diese haben den Antrag abgelehnt. Hoffentlich wird der Graf nun einsehen, daß seine Wirksamkeit für die Herzogthümer zu Ende ist, und keine weitern Attentate gegen uns versuchen. (K. C.)

Kiel, den 9. September. Gestern hat Hr. v. Below (welcher sich mit dem Kammerherrn v. Reedtz in Schleswig befindet) an die HH. Oberappellationsgerichtsrath Preusser, Graf Reventlow zu Jersbeck, Baron v. Heintze und Landvogt Boysen die Aufforderung erlassen, die neue Regierung Schleswig-Holsteins mit der Befugniß zu bilden, sich selbst ein fünftes Mitglied als Präsidenten wählen zu können. Natürlich ist auch dieses Ansinnen abgelehnt, in Folge der Beschlüsse der Landes-Versammlung vom 4. September.

Wien, den 8. September. Der vom Reichstage niedergesetzte **Rekrutirungsausschuß** hat seinen Antrag bereits überreicht. Folgende Modifikationen der bestehenden Rekrutirungsvorschriften sollen Platz greifen: 1) die Exemtion des Adels hört auf; 2) die Dienstzeit währt vom 20. bis zum 25. Lebensjahre; 3) bei der Rekrutirung entscheidet das Loos; 4) ambulante Assentirungskommissionen sind zu errichten. — Der beabsichtigten Aufhebung des **Silber- und Goldausfuhrverbots** werden von der Nationalbank im reichstäglichen Finanzausschusse bedeutende Schwierigkeiten in den Weg gestellt. Vermuthlich wird nur die Goldausfuhr gestattet werden.

— Die Wiener Zeitung enthält folgenden amtlichen Artikel: Das Ministerium des öffentlichen Unterrichts hat, um über die außer Oesterreich befindlichen **Volksschulen** und Volkslehrerbildungsanstalten dem hiesigen Lehrstande die nöthige Gelegenheit zur anschaulichen Kenntniß und zur Erzielung zweckmäßiger Resultate für die Verbesserung unseres Schulwesens zu verschaffen, die Sendung von vier hiesigen Schulmännern nach der Deutschen Schweiz und dem übrigen Deutschland verfügt. Die Wahl der Lehrer traf die Direktoren Köhler und Hieser und die Lehrer Spitzer und Lang. Sie haben ein Programm ihres Planes vorgelegt und werden von den Ergebnissen ihrer Reise seiner Zeit Bericht erstatten.

— Nach einem Berichte der Grätzer Zeitung wäre die Basis, auf welcher die **Friedensverhandlungen mit Italien** gepflogen werden sollen, folgende: 1) Die Lombardei und Venedig erhalten unter Oesterreichischem Scepter eine constitutionelle Verfassung. 2) Alle Italienischen Staaten bilden einen eignen Bund. 3) Maße, Münzen, Gewichte sind in allen diesen Ländern gleich. 4) Ein Italienischer Zollverein wird anerkannt.

Wien, den 10. Sept. Es hat sich hier die höchst wichtige Nachricht verbreitet, daß mittelst Kaiserl. Entschließung vom 4ten d. M. die **Achtung** und Hochverrathserklärung des Banus von Kroatien in den verbindlichsten Ausdrücken **zurückgenommen** worden sei. Welche Wirkung diese Nachricht in Ungarn üben muß, ist leicht zu ermessen. Die neuesten Agramer Mittheilungen bestätigen diese vollkommen zuverlässige Kunde. Eine Achterklärung gegen den Leiter des raizischen Aufstandes in Südungarn, der mit **Jellachich** im engsten Einverständniß handelt, nämlich gegen den griechisch-nichtunirten Erzbischof **Rajacsics** zu Karlowitz, konnte schon früher nicht durchgesetzt werden. Dieser Aufstand wird übrigens vorzugsweise von **Serbien** her genährt.

— Die Ungarische Reichstags-Deputation ist vom Kaiser empfangen worden, hat jedoch eine **abschlägige Antwort** erhalten. Sogleich steckten die Ungarn schwarze und rothe Federn auf die Hüte, haranguirten Viele nnd reisten ab.

— Da Fürst **Esterhazy** abgedankt hat, so werden die Beziehungen zwischen Ungarn und Oesterreich einstweilen nur durch den Sekretär der Legation Herrn Franz **Pulszky** unterhalten. **Jellachich** hat am 7ten die Drave passirt. Von der Slawonischen Militärgrenze bewegt sich ein Corps von 80,000 Mann zur Unterstützung der Raitzen. Die Wallachen in Siebenbürgen sind äußerst schwierig und drohen ebenfalls in offenem Kampfe gegen das in der Minorität befindliche Magyarenthum aufzutreten.

— Se. Majestät der Kaiser haben d. d. Schönbrunn den 9. September die vorgelegten Beschlüsse des constituirenden Reichstages über die **Aufhebung des Unterthänigkeitsbandes und die Entlastung des bäuerlichen Besitzes** die Sanction ertheilt und das unterbreitete Gesetz mit der beistimmenden Fertigung versehen.

— Es verbreitet sich das Gerücht, **Erzherzog Ludwig** sei am 9ten in Schönbrunn eingetroffen. Sollte sich dasselbe bestätigen, was wir kaum glauben, so können wir uns nicht verhehlen, daß die Folgen dieses Schrittes Besorgniß erregend sein würden. Unser Publikum hat die letzte Vergangenheit noch in zu gutem Andenken, als daß es die Entfernung des Erzherzogs nicht allein wünschen, sondern auch anstreben werde. Die Zeit ist noch viel zu kurz, in welcher die Intriguen der Camarilla aus dem Munde des Volkes einigermaßen verschwunden sind. Die Ankunft des Erzherzogs wird aufs Neue den Glauben an Reaktion hervorrufen und die Ruhe der Stadt gefährden.

Wien, den 10. September. Als Antwort auf die, aller Form und Schicklichkeit für den Kaiser entbehrende Addresse der sogenannten Ungarischen Reichsdeputation, mag der von Sr. Majestät dem Kaiser bereits an den Banus von Croatien, Jellachich, abgegangene Widerruf des Kaiserlichen Dekrets vom 10. Juni, welches eine Ungarische Deputation, Graf Bathiany an der Spitze, von dem Kaiser in Insbruck auf eine merkwürdige Weise erschlichen hatte, gelten. Der Kaiser hat den Banus mittelst kaiserl. Entschließung in alle seine Würden wieder eingesetzt, und zu seinem Locumtenens ernannt. Diese Deputation reiste gestern, alle Mitglieder mit rothen Federn geschmückt, um 4 Uhr Nachmittags auf einem eigenen Dampfboot nach Pesth zurück. Ein Theil dieser Abgesandten ist noch zurückgeblieben und hat sich in Verbindung mit dem demokratischen Club, dessen Sitzungen seit 5 Tagen permanent sind, und der das Ministerium zu stürzen beabsichtiget, gesetzt. Während der Anwesenheit dieser Deputation sind alle erdenkliche Versuche mit den hiesigen Elementen des Radikalismus gemacht worden, um Unruhen zu erregen; sie sind indeß mißglückt. Selbst die Aula hat so ziemlich eine neutrale Stellung gegen die Deputirten Ungarns angenommen. Man empfing sie dort höflich, allein mit der Erinnerung, daß Kossuth die Aula beschuldigt habe, den Kaiser aus Wien vertrieben zu haben. Als die Ungarn gestern das Dampfboot bestiegen, riefen sie: „Wir werden binnen acht Tagen in Pesth eine provisorische Regierung haben!“ — Die neuesten Nachrichten aus Mailand vom 6. d. melden, daß, nachdem sich wieder einige Personen erlaubt haben, den vor Ausbruch der Revolution versuchten Cigarrenkrieg gegen Diejenigen, welche Oesterreichische Cigarren kauften, zu erneuern, der F.-M. Radetzki einen strengen Befehl dagegen erließ, welchem augenblickliche Folge geleistet wurde. — In dem Palast des reichen Grafen Borromeo, haben die Gendarmen einen reichen Fang gemacht; die zurückgelassenen Effekten des Marschalls mit seinem werthvollen Silberservice, sind nämlich in der Mistgrube dieses Palastes vergraben gefunden worden. — Nach Berichten aus Alessandria vom 5. ist der König von Sardinien schwer erkrankt. Es heißt, er habe die Luftröhren-Schwindsucht. — Am 8. Nachts segelte unsere Flottille von Triest nach Venedig ab, nachdem Albini mit allen Land- und Seetruppen abgegangen war. In Venedig herrscht große Bestürzung.

Wien, den 11. September. Heute fanden mehrere wichtige Interpellationen im Reichstage statt. **Goldmark** wünscht zu wissen, ob das vorige Ministerium, von dem sich auch jetzt einige Bestandtheile am Ruder der Geschäfte erhalten haben, gegen jene Reaktionshäupter, welche den Kaiser zur Abreise von Wien vermocht hätten, seinem damals geleisteten Versprechen gemäß, eine Untersuchung eingeleitet habe. **Doblhoff** erwiderte ganz trocken und kurz: sie habe gar kein Ergebniß geliefert. **Goldmark** und **Jonak** interpellirten in Betreff der Italienischen Angelegenheiten. **Wessenberg** sagte eine ausführliche Beantwortung der aufgeworfenen Fragen für die nächsten Tage zu. **Doblhoff** ergriff die Gelegenheit, um einstweilen einige erläuternde Worte über den Gegenstand zu sagen. Ein Ultimatum sei der Oesterreichischen Regierung von der Französischen niemals vorgelegt worden; wohl aber sei von jener die Medtation zur Herstellung d.s Friedens zwischen Oesterreich und Sardinien angenommen worden. Die Verhandlungen seien indeß noch schwebend; einstweilen habe man in allen Schritten der innern Politik die Italienische Nationalität sich zur Richtschnur gewählt; das Interesse der Volksvertretung werde dort möglichst berücksicht werden. **Polaczek** interpellirt in Betreff der Kroatisch-Ungarischen Differenzen. **Doblhoff** entgegnete, das Kabinet Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich habe bereits früher Vermittelungsversuche in Ungarn gemacht, allein dieselben seien nichts weniger als freundlich aufgenommen worden, ja unbeachtet geblieben. Bezüglich der Oesterreichischen, bei der Isolirung Ungarns betheiligten Rechte habe das Kabinet im August eine Staatsschrift nach Ungarn gesendet, doch bis jetzt keine Antwort erhalten. — Die Flamme des Nationalkampfes ist heute zum ersten Male im Reichstagssaale enebrannt. Zur Bequemlichkeit und im Interesse der ruthenischen und Italienischen Abgeordneten, welche nicht Deutsch verstehen, wurden einige Erleichterungen vermittelst Uebersetzung der Anträge, worüber abgestimmt werden soll, beanträgt. Als **Borrosch** von der Nothwendigkeit einer Staatssprache und von Nationalitätsliebhaberei sprach, brach ein furchtbarer Sturm los. Die Slaven erhoben sich drohend und wild tobend und drangen auf den Ruf zur **Ordnung**, der auch sofort erfolgte. Der Berichterstatter **Doliak** aus Galizien machte in seinem Resumé einen herben Ausfall auf Frankreich, der von der Majorität der Kammer furchtbar beklatscht wurde. Das genügt, um den hiesigen Geist zu charakterisiren. **Rieger** rief: „Wir Slaven bilden die Majorität in diesem Staate und wollen ihn erhalten.“ — Die Ungarische Deputation ist bei der Rückreise in Preßburg übel empfangen worden. Viele mußten die **rothen** Abzeichen abnehmen und wurden im Abhalten öffentlicher Reden gehindert. — Die **Sardinische Flotte verläßt Venedig noch nicht.**

Pesth, den 8. September. Die Serben haben bei **Alt-Moldawa** eine Schlappe erhalten, worauf sie sich auf Kähnen über die Donau nach Serbien flüchteten. Hierbei geschah es, daß zwei Kähne umschlugen und gegen 100 Serben ertranken. Die Ungarn hatten 2 serbische und 1 schwarzgelbe Fahne erbeutet. — Am 30. Aug. bedrängten die **Raitzen** abermals **Weißkirchen**; sie wurden indeß von den Ungarischen Nationalgarden zurückgeschlagen, obgleich die Ulanen bei der Affaire nur müßige Zuschauer abgaben. Auch wird Oberst Blomberg beschuldigt, gerade in dem Augenblicke des Gefechts abgebrochen zu haben, als der Ausgang desselben sich zum Vortheil der Ungarn entschied.

— Die Wiener Zeitung vom 7. Sept. schreibt: Noch haben die **Unterhandlungen** zur Herstellung des Friedens mit dem König von **Sardinien** wenig Fortgang gehabt. Indessen hat aber die Kaiserl. Regierung den Entschluß gefaßt, mit der neuen Constituirung des Lombardisch-Venetianischen Königreichs nicht länger zu zögern, und zu diesem Behuf in Bälde Deputirte aus den verschiedenen Provinzen desselben nach Verona zu berufen, welche die künftige Verfassung des Landes nach den Grundsätzen größter Freiheit und mit gehöriger Beachtung der Nationalität in Berathung zu nehmen haben werden. Diese Deputirten sollen, wie wir aus guter Quelle vernehmen, aus ganz freien Wahlen hervorgehen, und wird die Zahl der Deputirten nach dem Maßstabe der Bevölkerung bemessen werden. Die innere Administration wird rein Italienisch sein.

Kronstadt, den 1. September. In Folge höheren Auftrages sind von unserem Oberrichter im Wege der Polizei heute alle hierher geflüchteten Walachen, vom Fürsten **Bibesco** ab, bis zu dem Geringsten, schärfstens bedeutet worden: **binnen drei Tagen Kronstadt zu räumen**, und wenn sie es nicht vorzögen in ihre Heimath zurückzukehren, ihren Aufenthaltsort im **Innern von Ungarn**, in einigen angegebenen Comitaten zu nehmen. Fürst **Bibesco** soll, wenn er aus Kronstadt entfernt wird, gesonnen sein, ehe er in eine andere Stadt zieht, lieber sich in das Russische Lager zu begeben.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 9. Septbr. **Sitzung vom 8. September.** Nach Verlesung des Protokolls und einiger Nebengeschäfte erschien **Bastide**, Minister des Auswärtigen, auf der Bühne und sagte. Bürger Repräsentanten, ich habe die Ehre, Ihnen anzuzeigen, daß die Regierung von Wien aus benachrichtigt worden ist, daß Oesterreich die ihm in der Italienischen Frage von uns und England angebotene Mediation angenommen habe, und sich von den besten Friedensgesinnungen beseelt zeigt. Demzufolge kann ich der Versammlung die Versicherung ertheilen, daß bedeutende Ersparnisse rücksichtlich der Armee-Ausgaben gemacht werden können.“ Diese officielle Erklärung des Ministers, besonders der letzte Punkt, wurde mit großem Beifall aufgenommen. **Sénard**, Minister des Innern, verlangte Credite für Gefängnißbauten rc., und 300,000 Frs. für politisch Verurtheilte von den Jahren 1830 bis 1848. Die Versammlnng nahm dann die Tagesordnung auf, nämlich die schon zwanzig Male abgebrochene Berathung über das unglückselige Dekret vom 2. März 1848, das die Arbeitsdauer auf 10 Stunden für den Tag festsetzt und den Fabrikanten so viele schlaflose Nächte verursacht. Die Menge der Amendements rief eine große Verwirrung in der Berathung hervor. Der Ackerbau- und Handelsminister nahm das Wort und schlug vor, den Art I. erst nach den übrigen Artikeln zu votiren. Dieser Vorschlag ward angenommen und man ging zu Art. II. über. Dieser lautet: „Die Arbeitsdauer der Arbeiter in den Manufakturen und allen großen Fabriken, Hütten und Bergwerken darf **zwölf** effektive Arbeitsstunden nicht überschreiten.“ Die Amendements mit 10 und 11 Stunden fielen durch, der

Art. II. wurde angenommen und dadurch das Februardekret vernichtet. Art. III. ward ebenfalls angenommen und die Fortsetzung der Debatte auf morgen verschoben.

— Der Telegraph meldete der Regierung im Laufe des vorgestrigen Tages die Ankunft einer Post aus Constantinopel, der ihr die Nachricht brachte, daß die Pforte die Französische Republik anerkannt habe. Der General Aupick, unser dortiger bevollmächtigter Minister, ist am 26. August von dem Sultan in feierlicher Audienz empfangen worden.

— Diese Nacht fand bei Marrast ein glänzender Ball Statt. Dreitausend Einladungskarten waren verschickt. Die Elite der Europäischen Gesellschaft, sagt der Moniteur, war anwesend. Die Säle des Präsidentenhotels genügten kaum für die herbeidrängenden Gäste. Der Palast ist mit ausgezeichnetem Geschmack und wahrhaft blendendem Glanze eingerichtet; die brillante Toilette der Damen, die verschiedenartigen Uniformen der Nationalgarden und Armee bildeten einen herrlichen Anblick. Die Tänze fanden in der großen Galerie und den benachbarten Sälen Statt. So schreibt wörtlich der Moniteur, dem diese Notiz Nachts um 1 Uhr zugeschickt wurde, um das erwachende Paris mit diesem Glanz auf dem Papier zu überraschen.

— Hr. Marrast soll die ihm als Präsidenten der Nationalversammlun- ausgesetzten monatlichen 4000 Frs. unzulänglich befunden, und das Finanz-Comité auf seinen Antrag mit Stimmenmehrheit sich für Erhöhung des Präsidenten-Gehaltes auf 10,000 Frs. monatlich ausgesprochen haben.

— Es cirkulirt seit einigen Tagen ein Schreiben des Hrn. v. Villèle an den Herzog von Bordeaux in der legitimistischen Partei, dessen Inhalt ungefähr folgender ist: „Alles was sich heute in Frankreich ereignet begünstigt die Aussichten des Herzogs von Bordeaux, aber er soll nichts übereilen. Selbst wenn sich für Heinrich V. die Gelegenheit böte den Thron seiner Väter zu besteigen, so dürfe er sie unter den gegenwärtigen Umständen nicht benutzen wollen. Die finanzielle Krisis ist schwieriger als das Französische Gouvernement es zu glauben scheint; sie führt uns geraden Weges zum Bankerott, und wird Frankreich in ein unvermeidliches Unglück stürzen, das einer Restauration heute nicht gegeben ist zu beschwören, und dessen Schmach man der Republik lassen muß. Erst dann, wenn, von Leiden niedergedrückt, das Volk die Republik verwünschet, dann wird der Augenblick gekommen sein.“ Angenommen der Brief sei ächt, so glauben wir, daß sich der Hr. v. Villèle die Mühe hätte sparen können die Legitimisten vor Uebereilungen zu warnen. Wie in jeder Partei, so giebt es auch in der ihrigen hier und da einige hirnverbrannte Köpfe, die das Kind mit dem Bade ausschütten möchten; aber das ist gewiß, daß die Partei als solche in diesem Augenblick an keine Schilderhebung denkt.

Paris, den 9. Sept. In der gestrigen Sitzung der National-Versammlung nahm der Minister des Auswärtigen für folgende wichtige Mittheilung das Wort: „Sie wissen, daß die Mächte Frankreich und England ihre gemeinsame Vermittelung Sardinien und Oesterreich angeboten haben, um den verderblichen Krieg aufhören zu machen, der zwischen den zwei Mächten ausgebrochen ist. Diese Vermittelung ist bereits durch eine der kriegführenden Parteien, durch Sardinien, angenommen worden. Heute haben wir die Versicherung erhalten, daß auch Oesterreich seinerseits die Vermittelung annahm. Ich habe die Ehre, die Versammlung von diesem Ergebnisse zu unterrichten; sie wird, wie ich hoffe, mit Befriedigung diesen ersten Erfolg unserer Unternehmungen vernehmen, welche Frankreich ermöglichen werden, die öffentlichen Lasten des Landes zu erleichtern.“ — An der Tagesordnung war die Fortsetzung der Berathung über die Feststellung der Arbeitsstunden. Der Präsident zeigte an, daß noch 29 Redner für die Debatte eingeschrieben seien. Der Berichterstatter Pascal Duprat schloß sich dem Amendement an, welches das Maximum der Arbeitsstunden auf 12 Stunden festsetzt. Herr Besuard behauptete, nicht die guten Arbeiter seien es, von denen das jetzt erörterte Gesetz begehrt werde; die guten Arbeiter wollten immer Arbeit und zwar viele Arbeit haben. Ueberdies solle das Gesetz nur für eine beschränkte Zahl Arbeiter gelten, nämlich für jene in den Fabriken und Hüttenwerken, denen man also eine Ausnahmestellung gebe. Er glaube, daß der jetzt fragliche Dekretentwurf für die Arbeiter die allerverderblichste Maßregel sein würde. Herr Corbon versicherte, die Arbeiterklasse sei für eine bestimmte Begränzung und Beschränkung der Arbeitszeit. Er sei für den Dekretentwurf, obgleich er blos ein Linderungsmittel sei. Radikal könne der Arbeiterbevölkerung nur durch die Association geholfen werden; nur diese könne die Zwietracht zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ein Ende machen und er werde sie daher unaufhörlich fordern. Herr Levasseur behauptete, daß man durch Vorschreibung der Arbeitsdauer erfahrungsmäßig die Lage der Arbeiter nur verschlimmere. Herr Grandin suchte zu beweisen, daß die Association zwischen Arbeitgeber und Arbeiter unmöglich sei und beantragte die Wiedereinführung von 12 Arbeitsstunden. Ueber Art. 1., welcher nach dem Vorschlage der Commission jetzt lauten soll: „Der Arbeitstag des Arbeiters in Fabriken und Hüttenwerken soll 12 Stunden wirklicher Arbeit nicht übersteigen können“, wurde nach Verwerfung zweier Amendements, welche, statt 12, 10 oder doch 11 Stunden angesetzt wissen wollten, abgestimmt und derselbe auch mit großer Mehrheit genehmigt. Gleiches geschah mit Art. 2, welcher bestimmt, daß die öffentliche Verwaltung zu bestimmen hat, ob und in welchen Fällen die Vorschrift des Art. 1. Ausnahmen erleiden soll. Die Diskussion wurde hierauf vertagt.

— In der heutigen Sitzung verlangte Herr Baraguay-D'Hilliers, daß der Vorschlag des Herrn Crespel Latouche in Betreff der Journalsuspensionen gleich nach dem Dekret über die Arbeitszeit berathen werde. Es sei nöthig, daß die Presse noch vor den neuen Wahlen ihre Freiheit zurückerhalte. — Die Debatte über den Dekretentwurf wegen der Arbeitszeit wurde hierauf angenommen. — Herr Crespel Latouche bemerkte, die Versammlung habe entschieden, daß sein Vorschlag in Betreff der Presse, der heute wegen vorgerückter Zeit nicht mehr berathen werden könne, dringlich sei. Er verlange daher, daß entweder morgen Sitzung gehalten werde, oder daß die Versammlung sich am Montage damit beschäftige, ehe sie die Berathung der Verfassung fortsetze. Der letztere Antrag wurde genehmigt.

— Die Nichtanerkennung des Herrn v. Raumer als Gesandten des Reichsverwesers hat einen aus der innern Lage Deutschlands hervorgehenden Grund. Die Staaten müssen in diplomatischer Hinsicht wissen, mit wem sie zu thun haben, und danach ihre Verhältnisse richten, und im vorliegenden Falle konnte Herr v. Raumer auf die Frage: „was ist das Deutsche Reich?“ keine genügende Antwort geben, — und es scheint mir, daß weder dieser berühmte Geschichtschreiber, noch irgend ein Staatsmann in der Welt sie jetzt ertheilen kann. In den Unterredungen mit Herrn Bastide kamen folgende Fragen vor: Ist die Nationalversammlung souverain? Ist die Delegation dieser souverainen Gewalt an den Reichsverweser von dieser Art, daß ihr alle alten Deutschen Souverainetäten untergeordnet sind? — Können Sie darauf genügend antworten? — und doch, von der Antwort auf diese Formfrage hängt die Stellung Frankreichs in Hinsicht seiner officiellen Verhältnisse mit Oesterreich, Preußen u. s. w. ab. Wenn die Reichs-Versammlung und ihr Delegat keine souveraine Gewalt über Oesterreich, Preußen u. s. w. haben, so sind sie vielleicht nur die obersten Gewalten eines Schutz- und Trutzbündnisses souverainer Staaten? — Auch dieses nicht, — es ist noch nicht ausgesprochen worden. Für uns Laien ist die Antwort auf die Frage: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ ganz fertig; wir antworten mit Sing und Sang, mit Paukenschlag und Trommelklang; — aber der Diplomatie kann dies nicht genügen. Nach der Frage: Was ist das Deutsche Reich? kam wiederum die Frage, woraus es bestehe. Und da kam es bei der Auseinandersetzung dieses Bestandes zu der Bemerkung, daß die Eroberungen von Limburg, Schleswig, Posen, Istrien u. dgl. durch die Vota der Frankfurter Versammlung noch keinen völkerrechtlichen Rechtsstand bilden. Kurz und gut, der Ausschlag ist bis jetzt immer der nämliche: man will von Herzen gern auf das juste fraternel mit dem freien Deutschland hinarbeiten, und Herr v. Raumer ist immer officieusement, wenn auch nicht officiellement willkommen.

— Der Präsident der Republik Liberia (auf der Westküste Afrika's), ein Neger, ist am 3. September in Paris eingetroffen. Der Zweck seiner Reise besteht darin, Frankreich und England zu vermögen, die Freiheit und Unabhängigkeit der kleinen Negerrepublik unter ihren Schutz zu nehmen.

Lyon, den 4. September. Unsere Mobilgarde ist nun ebenfalls durch ministeriellen Befehl aufgelöst. Das ganze Corps, aus etwa 1300 Mann bestehend, war aus Elementen zusammengesetzt, die in mehr als Einer Hinsicht der Regierung mißliebig erschienen, indem ihre Verbindungen mit einzelnen Clubs schon längst zu Verdacht und Verdächtigungen aller Art Anlaß gaben. Den Unteroffizieren und Soldaten steht nun frei, in die Armee zu treten, in so fern sie die vom Gesetz verlangten Bedingungen erfüllen. Vorgestern sind von hier mehrere Militair-Aerzte nach dem Alpen-Lager abgegangen. Bei den Regiments-Schneidern und übrigen Kleider-Fabrikanten wird Tag und Nacht an neuen Uniformen gearbeitet, und alle Militair-Magazine werden reichlich mit Vorräthen versehen. Sämmtliche Regimenter im südlichen Frankreich — auch jene, welche nicht zur Alpen-Armee gehören — werden auf den Kriegsfuß gesetzt. Man erinnert sich keiner solchen Rüstungen seit der Napoleonischen Epoche.

Großbritannien und Irland.

London, den 5. September. Die Königin hat gestern den mit Ueberbringung der Benachrichtigung wegen Uebernahme der provisorischen Centralgewalt für Deutschland vom Reichsverweser beauftragten Freiherrn von Andrian-Werbarz im Buckingham-Pallast empfangen, und aus dessen Händen das Schreiben des Reichsverwesers entgegen genommen. Der Deutsche Gesandte wurde von dem Königlichen Ceremonienmeister, Oberst Sir Eduard Cast zur Audienz nach Hofe begleitet, und von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Viscount Palmerston Ihrer Majestät vorgestellt.

— Lord John Russells Besuch in Irland soll insbesondere den Zweck haben sich persönlich zu überzeugen, welche Aufnahme der von der Whigregierung lange gehegte Plan, die katholische Geistlichkeit aus der Staatskasse zu besolden, seitens der Betheiligten zu erwarten habe. Den Irischen Berichten der Times zufolge hätte ein großer Theil der Irischen Pfarrgeistlichkeit, der früher wie O'Connell) einem solchen Gedanken sehr abgeneigt war, sich nachgerade mit demselben befreundet. Die höheren Klassen der katholischen Laien sind ohnehin größtentheils dafür. Wenn dem Dublin Journal zu glauben ist, so steht die Verwirklichung dieser wichtigen Aenderung sehr nahe bevor; d. h. dieselbe dürfte gleich im Beginn der nächsten Session dem Parlament vorgeschlagen werden.

— In einem Bezirke der Grafschaft Essex, der die vier Dörfer Bradfield, Ramsay, Dovercourt und Tendring umfaßt, scheint der Gattenmord durch Gift wie eine ansteckende Seuche zu grassiren: die Bauernweiber vergiften ihre Männer. Eine Frau Namens May ward unlängst hingerichtet; eine zweite Namens Ham, bei welcher obenein Ehebruch mit im Spiel ist, und die mit jener Giftmischerin befreundet war, steht demselben Schicksal entgegen. Viele andere Todesfälle die nach einander vorgekommen, sind theils verdächtig, theils schon in Untersuchung. So berichtet die Times.

Schweiz.

Basel, den 8. September. Der Gesandte der Deutschen provisorischen Central-Gewalt in der Schweiz, Herr Raveaux, ist hier eingetroffen. Die Baseler Zeitung ermahnt wohlmeinend die Urkantone, welche die neue Bundesverfassung verworfen haben, zur Annäherung und zum Aufgeben der aberwitzigen Hoffnung, auf die Unterstützung des Kaisers. — Garibaldi ist am 30. über den St. Gotthard gekommen und geht nach Frankreich. — Die Mönche von

(Mit einer Beilage.)

St. Urban haben am 1. Septbr. ihr Kloster nicht geräumt und wollen die Gewaltmaßregeln abwarten.

Bern, den 3. September. Morgen tritt die Schweizerische Tagsatzung zum letztenmal zusammen, um über die Annahme des Bundes ein entscheidendes Votum zu geben und die erforderlichen Bestimmungen zur Einführung desselben zu treffen. Da man ihr völlig freie Hand gelassen hat, so unterliegt es keinem Zweifel, daß sie bei dem bis jetzt bekannten Resultat, nach welchem $14\frac{1}{2}$ Kantone mit einer Seelenzahl von 1,735,105, wozu höchst wahrscheinlich noch Tessin und Waadt kommen, die Annahme erklären wird. Wie ich höre, sind schon Maßregeln getroffen, daß diese Nachricht wie nach der Schlacht bei Murten und den Friedensworten des Nikolaus von der Flüe durch Signalfeuer und Kanonendonner von Berg zu Berg in die ganze Eidgenossenschaft getragen werde, daß alles Volk diesen neuen Tag der verjüngten Schweiz feiere. Die Geschäfte der Tagsatzung werden bald beendigt sein. Sie wird einen Zeitraum festsetzen, binnen welchem Nationalrath und Ständerath gewählt werden und zusammentreten sollen. Die Wahlart selbst wird man wohl den Kantonen überlassen. Bern ist in dieser Voraussetzung, ohne den Bestimmungen der Tagsatzung jedoch vorzugreifen, von dem großen Rathe in 6 Wahlkreise getheilt worden. Schon beschäftigt sich das Publikum vielfältig mit der Frage über den künftigen Sitz der Bundesregierung und der beiden Räthe. Der Luzerner „Eidgenosse" preist Luzern als Bundesstadt an; die „eidgenössische Zeitung" wünscht Zürich, die „Berner Zeitung" Bern. — Die Bedeutung des Kantons Bern in dem neuen Bund geht aus seiner Vertretung im Nationalrath hervor, in welchem auf je 20,000 Seelen ein Mitglied gewählt wird. Von den 111 Mitgliedern, aus denen der Nationalrath zusammengesetzt ist, stellt Bern 20, Zürich 12, Luzern 6, Uri 1, Schwyz 2, Obwalden 1, Nidwalden 1, Glarus 1, Zug 1, Freiburg 5, Solothurn 3, Baselstadt 1, Baselland 2, Schaffhausen 2, Appenzell A. Rh. 2, Appenzell J. Rh. 1, St. Gallen 8, Graubünden 4, Aargau 9, Thurgau 4, Tessin 6, Waadt 9, Wallis 4, Neuenburg 3, Genf 3.

Bern, den 4. September. Man erinnert sich wohl noch, mit welchem Schimpf die hiesigen radikalen Blätter, besonders die Berner Zeitung, sich seiner Zeit über das Benehmen der Schweizer Regimenter während der Revolution in Neapel ausgesprochen haben. Diese Partei hauptsächlich war es auch, welche auf schleunige Abordnung von eidgenössischen Kommissarien drang, um durch dieselben die Zurückberufung der Schweizer aus Italien zu bewirken. Die radikalen HH. Collin und Franscini mit dem Dr. Vogt als Sekretär reisten ab. Aber lange hörte man kein Wort von dem Gang der Untersuchung. Vor drei Wochen kamen die Herren wieder in Bern an, und in der gestrigen Sitzung des großen Raths theilte der Regierungsrath ihren Bericht nebst der Rechtfertigungsschrift der Obersten der Schweizerregimenter in Neapel mit. Die Berner Zeitung veröffentlicht nun als Ehrenrettung der geschmähten Schweizer folgende Schlüsse als Resultat der Untersuchung: 1) Die Abgeordneten haben sich, ohne die ihrer Sendung fremde Frage zu berühren, ob von Seiten der Königlichen Gewalt eine Reaktion stattgefunden habe, überzeugen müssen, daß die Obersten der Schweizerregimenter auf keinen Fall der Mitwissenschaft oder Beihülfe an irgend einem reaktionären Plane können beschuldigt werden, und daß sie an dem beklagenswerthen 15. Mai die Ueberzeugung erfüllte, dem von ihnen geleisteten Eide treu zu handeln. 2) Die Truppen mußten durch die Art, wie ihre Feinde aus sicherm Versteck gegen sie kämpften, durch den großen Verlust, den sie an Offizieren und Manaschaft erlitten, ohne nur einen Feind zu sehen, gegen ihre wirklichen und vermeintlichen Gegner aufs äußerste erbittert werden. 3) Trotz dieser Erbitterung respektirten sie bei den nothwendigen Hausdurchsuchungen im Allgemeinen Personen und Eigenthum, wenn sie unter Anführung von Offizieren diese Maßregel vornahmen, und begnügten sich damit, die mit den Waffen in der Hand ergriffenen oder der Theilnahme am Kampf verdächtigen Personen auf die Wache zu bringen und sich der Waffen zu bemächtigen. 4) Die Neapolitanischen und andere Italienische Blätter haben die in der That den Schweizertruppen zur Last fallenden Excesse sehr übertrieben. Da dieselben den Ausgang des 15. Mai entschieden, so ist es auch leicht begreiflich, daß man sie ihnen von Seite der andern Partei hauptsächlich imputirte. Die 17 uns übermittelten Klagen, von denen viele die Thäter nicht näher bezeichnen und keine Zeugnisse anführen, liefern hiefür den bündigsten Beweis. 5) Viele Klagen geben nicht einmal einen Fingerzeig, ob die darin bezeichneten Excesse den Schweizerischen Truppen, den einheimischen oder den Lazzaronis zu Last fallen. Die letztern haben ohne Zweifel die meisten Unthaten verübt. 6) Am schwersten fällt auf die Schweizertruppen die Tödtung des Pater Rodio am 16. Mai, nachdem alle Feindseligkeiten längst aufgehört hatten.

— Ueber die aus Rom gemeldete Emeute des zweiten Schweizerregiments verlauten folgende nähere Angaben: Schon seit längerer Zeit waren jene Truppen in Folge ihres strengen Dienstes unzufrieden und störrisch. Auf dem Exercierplatz ihres Stationsorts Rimini widersetzte sich ein Soldat den Befehlen eines Offiziers, des Majors de Quarteri aus Wallis, der darüber sehr zornig den Widerspenstigen mit dem Degen durchbohrte. Dieß war der Funke der die Mine sprengte. Sogleich rotteten sich 450 Mann zusammen, luden ihre Flinten, zogen vor die Wohnung des Regimentsobersten, nahmen die Regimentskasse, welche aus 1100 Scudi bestand, und die Fahnen mit Gewalt und zogen gegen Ravenna und Comachio. Drei Offiziere eilen nach und fordern sie zur Rückkehr zur Pflicht auf, werden mit Flintenschüssen empfangen und einer, Hauptmann Stockalper aus Wallis, fällt, von vielen Kugeln durchbohrt, todt nieder. Die beiden andern flohen. Später schifften sich die Deserteurs auf dem Canal ein, wurden von nachrückenden Truppen eingeholt und 70 Mann gefangen, darunter ein Haupträdelsführer, der sich sogleich den Tod gab. Corporal Wanasch, ein Belgier, entkam mit der Hälfte der Kasse. Das Regiment wird wahrscheinlich aufgelöst werden.

Bern, den 5. September. Gestern ist die Tagsatzung wieder zusammengetreten, sie hat aber keine Geschäfte von Bedeutung vorgenommen. Nach der Beeidigung einiger neu eingetretenen Gesandten, worunter auch Hr. Steinegger aus Schwyz, der hauptsächlich bei der Verwerfung der Bundesverfassung thätig war, wurde der sehr ausführliche Bericht des Vororts über seine Geschäftsführung vorgelesen, worin namentlich alle Schritte des Vororts auf die durch die Italienischen Angelegenheiten eingetretenen Verwickelungen umständlich mitgetheilt werden. Aus dem Bericht ist hervorzuheben, was auch durch Privatbriefe bestätigt wird, daß König Karl Albert verlangt habe und übereingekommen sei mit Oesterreich direkt und ohne Vermittelung zu unterhandeln, und die Stadt Verona als Vereinigungspunkt der Bevollmächtigten ausgewählt sei, wozu Oesterreich den jetzigen Militairgouverneur von Mailand, Fürsten Felix v. Schwarzenberg, ernannt habe, der auf dem Punkte seiner Abreise stehe. General Wimpffen sei für ihn zum Militairgouverneur von Mailand ernannt worden. Diese sowie andere Umstände lassen schließen, sagt der Berner Beobachter, daß Oesterreich durchaus nicht mehr geneigt sei, die wiedereroberte Lombardei fahren zu lassen, was auch von Sardinien anerkannt zu werden scheint, so daß nichts mehr als die Kriegskosten und die nähern Bedingungen zwischen den Bevollmächtigten festzusetzen wären. Hierdurch, bemerkt der vorörtliche Bericht, werde die Hoffnung auf eine baldige Lösung der Wirren in Oberitalien wieder getrübt. In Bezug auf die Bundesverfassung weiß der Bericht noch nicht das vollständige Resultat der Abstimmung: es haben sich jedoch darnach bereits $14\frac{1}{2}$ Stände für Annahme und $5\frac{1}{2}$ für Verwerfung ausgesprochen. Nach weiter eingelangten Berichten, die der Präsident mittheilt, hat auch Waadt unzweifelhaft angenommen.

Bern, den 6. September. Tagsatzungsverhandlungen. Nach der Genehmigung des Protokolls theilt das Präsidium eine ihm aus Italien zugekommene Nachricht mit, nach welcher Frankreich dem Oesterreichischen Hofe den 4. Sept. als Frist bezeichnet habe, eine bestimmte und letzte Erklärung über Annahme oder Ablehnung der Französisch-Englischen Vermittelung abzugeben. In Sardinien wurden nach derselben Mittheilung aufs eifrigste die Kriegsrüstungen betrieben. (Wie reimt sich das mit der früheren Nachricht?)

Bern, den 7. Septbr. Die Schweizerische Tagsatzung hat beschlossen, die Volks-Abstimmung über die neue Verfassung zu untersuchen, und deßhalb eine Commission von 9 Männern niedergesetzt. Aber Uri, Schwyz, Unterwalden und Appenzell J. Rh. enthielten sich der Wahl der genannten Commission und behielten sich vor, ihre Voten dieser selbst einzugeben, gerade wie vor einem Jahre die verhängnißvollen sieben Stimmen bei der nicht minder verhängnißvollen Siebener-Commission, doch diesmal um so ungefährlicher, weil es die letzte Verwahrung der sterbenden Oligarchie in den sich demokratisch nennenden Ur-Cantonen ist. Die angedeutete Commission besteht aus den Herren Präsident Funk, Dr. Zehnder, Ant. Schnyder (der durch das Siegwart'sche Regiment einst zum Tode verurtheilt worden), Präsident Briatte, Landammann Wunzinger, James Fazy, Oberst Stehlin, Landammann Hungerbühler und Oberst Luvini. Die Commission hat vorerst die einzelnen Ergebnisse der Abstimmungen in den Cantonen zu prüfen, dann auch der Tagsatzung geeignete Anträge zu bringen über die Anordnungen der Wahlen in den Nationalrath u. dgl. In den nächsten Tagen dürfte von Seiten der Tagsatzung die Erklärung folgen, welche die ausländische Diplomatie seit 1830 zu hintertreiben wußte, die feierliche Erklärung, daß der unter Oesterr. Einflusse diktirte Bund von 1815 aufgehört hat, Grundgesetz der Schweiz zu sein, und daß für ihn die von der selbstständigen Tagsatzung geschaffene Verfassung in's Leben tritt.

Italien.

Rom, den 29. August. Die Vertagung der Kammer ist durch den allerdings sehr beherzigenswerthen Umstand motivirt worden, daß es zur Fortsetzung der legislativen Debatten an allen Vorarbeiten fehle. Die Unzufriedenheit der Radikalen ist sehr groß. Da sie fast alle ihre Zeit mit unsinnigem Kriegsgeschwätz verbracht haben, so haben sie für ihre eigenen Zwecke kaum irgend etwas der Rede Werthes zu Stande gebracht.

— Die Helden von Vicenza, welche nach Ancona beordert sind, um dort der Linie einverleibt zu werden, scheinen sich vorher zerstreuen zu wollen, da doch nur einer kleinen Anzahl eine solche Verwendung für den regulairen Dienst zusagt.

— Die Emeute des einen Schweizer-Regimentes in der Romagna hat die Plünderung der 30,000 Scudi starken Kriegskasse und dessen Auflösung zur Folge gehabt.

Rom, den 31. Aug. Die Staatsschuld des Kirchenstaates erhält dieses Jahr einen Zuwachs von fünf Millionen. Für die Geldkrisis ist kein Ende abzusehen, da dies von der Wiederkehr des Vertrauens abhängig ist, und letzteres immer mehr weicht.

In Mailand haben die Tabakumtriebe wieder begonnen. Der Militairgouverneur von Mailand, General Graf von Wimpfen, macht bekannt, daß verwegene Leute durch willkürliches Verbieten des Tabackrauchens an öffentlichen Orten Unordnungen zu veranlassen gesucht hätten. Obschon nun diese Versuche von der großen Mehrheit der Einwohner mißbilligt werden, so werde doch in Erinnerung gebracht, daß Jeder, der solche willkürliche Verbote sich erlaube, als Störer der öffentlichen Ordnung der ganzen Strenge der Militairgesetze unterworfen werde.

Türkei.

Konstantinopel, den 23. August. Konstantinopel ist den Flammen geweiht. Der Giaur brennt und der Moslem brennt, sagte dieser Tage ein Türke. Am 16. d. brannte in einer Nacht das ganze zwischen den beiden über den Hafen führenden Brücken liegende Quartier von Konstantinopel ab, vom Ufer bis zum Hügel auf dem die Suleimanieh steht. Dieser ganze Stadttheil bestand fast nur aus Magazinen und Buden mit ungeheuern Vorräthen von Reis, Mehl, Talg, Butter, Oel, Seife, Wachs, Tabak, Weingeist, getrockneten Südfrüchten, und Hülsenfrüchten, Kaffee und Zucker, Fischen u. s. w. Alles ist verbrannt. Dort lag in großen Magazinen auch das Bauholz fast für die ganze Stadt, es ist Asche. Die Zahl der ausgebrannten Magazine und Buden beträgt einige Tausende; dazu zwei Moscheen, mehrere Haus- und viele

große Privatwohnungen (Konaks). Man schätzt den Schaden auf mehrere Hundert Millionen Piaster, die Angaben schwanken zwischen 300—1000 Millionen, er ist jedenfalls außerordentlich. Auch mehrere Personen, man sagt 15 bis 18, kamen in den Flammen um. Es gibt nur ein Mittel, diesem großen Nationalunglück kann man sagen, dieser in kurzer Frist immer wiederkehrenden Vernichtung aller Habe, des jahrelangen Erwerbes und ganzen Wohlstandes von Tausenden von Familien gründlich zu steuern: die Regierung muß befehlen, geradezu befehlen von Stein oder Backstein zu bauen anstatt von Holz. Was thut aber die Regierung? Anstatt soviel möglich die Fabrikation von Backsteinen zu befördern und dafür zu sorgen, daß sie in gehöriger Menge fabricirt und so wohlfeil als möglich zum Kauf abgegeben werden, hilft sie im Gegentheil selbst die Preise der Backsteine möglichst erhöhen, indem sie deren Fabrikation nur wenigen Privilegirten erlaubt, und so die ohnedieß verarmten Abgebrannten nöthigt, stets wieder zum wohlfeileren Baumaterial, zum Holz zu greifen. Aber die Regierung hat freilich selbst ein Interesse dabei, daß von Holz gebaut wird, denn von allem Holz was hier eingeführt wird, werden 12 Procent Zoll entrichtet. Je mehr somit von Holz gebaut wird, und je öfter folglich durch Feuersbrünste Neubauten nöthig werden, desto besser für die Staatskasse.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Das Bremer Dampfschiff „Hermann," welches auf seinen Fahrten nach und von New-York gewöhnlich an der südenglischen Küste anlegt, war, einem Schreiben aus Cowes (Insel Wight) im Sun zufolge, am 3. September Morgens 3 Uhr in einem dicken Nebel in der Gurnet Bay auf eine Sandbank aufgefahren; doch hoffte man dasselbe im Verlauf des Tags wieder flott zu machen. Die von ihm aus New-York überbrachte Post ist vom 21. Aug., und ohne politische Neuigkeiten. Albany, die politische Hauptstadt des Staats New-York, ward am 17. August von einer furchtbaren Feuersbrunst heimgesucht, welche Eigenthum im Werth von drei Millionen Dollars zerstört haben soll.

Einem Pariser Blatte wird aus New-Orleans gemeldet, daß 200 Personen, die sich nach Amerika begaben, um dort das System Cabet's, den Communismus, praktisch durchzuführen, an den Ufern des rothen Flusses sich niedergelassen hatten; es entstanden jedoch schnell Zwistigkeiten unter ihnen, sie schlugen sich mörderisch und brachten sich fast bis auf den letzten Mann um.

Marktbericht. Berlin, den 13. Sept.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 58—62 Rthlr: Roggen loco 30—32 Rthlr., schwimmend $84\frac{1}{2}$ pfd. $30\frac{3}{4}$ Rtlr. Br., 82 pfd. p. Sept./Okt. 30—29 Rthlr., Okt./Nov. $30\frac{1}{2}$—30 Rthlr., p. Frühjahr 34 Rthlr. bez; Gerste, große, loco 28 Rthlr., kl. 25 Rthlr.; Hafer loco nach Qualität 16—17 Rthlr.; Rüböl loco $11\frac{1}{12}$—11 Rthlr., Sept./Okt. $11\frac{1}{12}$—11 Rthlr., Okt./Nov. $11\frac{1}{6}$—$11\frac{1}{8}$ Rthlr., Nov./Dez. $11\frac{1}{4}$—$11\frac{1}{6}$ Rthlr., Dez./Jan. $11\frac{1}{3}$—$11\frac{1}{4}$ Rthlr., Jan./Febr. $11\frac{5}{12}$—$11\frac{1}{3}$ Rthlr. Febr./März $11\frac{1}{2}$—$11\frac{3}{8}$ Rthlr.; Leinöl loco $9\frac{2}{3}$ Rthlr.; Spiritus loco 18 Rthlr. ohne Faß bez., Sept./Okt. 18 Rthlr. G, Okt./Nov. 18 Rthlr. Br., $17\frac{1}{4}$ G.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Zur Deutschen Marine sind bei dem Schutzvereine Posener-Schrodaer Kreises ferner eingegangen: 16) Aus Szczodrochowo und Neumühle: Jesse, Freitag, Wegwert, Conrad, Fredrich, Stibbe zu $2\frac{1}{2}$ sgr., Luther 5 sgr., Torno 1 sgr. 4 pf., Wittlief, Bloch, Schultz, Sommerfeld, Stibbe, Berg, Fredrich und Nitscher zu 1 sgr., Summa 1 Rthlr. 2 sgr. 10 pf.; 17) aus Dzwonowo: Krüger 17 sgr., Czerwinski $2\frac{1}{2}$ sgr., Ritter $2\frac{1}{2}$ sgr, Teufel, Rosentreter, Grüning, Polsfus, Janke, Rosenthal zu 1 sgr., Summa 1 Rthlr.; 18) aus Nadoln.-Mühle: Lebrecht 1 Rthlr., Hamann, Neumann, Schneider 5 Sgr., Summa 1 Rthlr. 5 sgr. Ueberhaupt bis jetzt: 116 Rthlr. 3 sgr. 6 pf. (Fortsetzung folgt.)

Bekanntmachung.

Die dem Fiscus bei der Separation von Staniewo zugefallenen Grundstücke von überhaupt 50 Morgen 119 □Ruthen sollen in drei Parzellen und zwar:

die Parzelle No. I von 2 Morg 130 □Ruth.,
" " No. II. " 1 " 160 "
" " No. III. " 46 " 9 "
= 50 Morg. 119 □Ruth.,

zum freien Eigenthum im Wege der öffentlichen Licitation veräußert werden.

Das Minimum des Kaufgeldes, von welchem Betrage ab Gebote nur angenommen werden, beträgt:

von der Parzelle ad I. 75 Thaler,
" " " ad II. 50 "
" " " ad III. 710 "

Auch muß Jeder, der zur Licitation zugelassen werden soll, ein Sechstel dieses Kaufgeldes im Licitations-Termine als Kaution deponiren. Das Ausgebot erfolgt für jede Parzelle einzeln und hat darnach auch nur jeder Licitant diejenige Kaution zu leisten, welche für die Parzelle berechnet ist, auf welche derselbe zu bieten beabsichtigt.

Die näheren Veräußerungs- resp. Licitationsbedingungen, die Karte, Register, so wie Ertragsanschläge können bei dem Königlichen Domainen-Rent-Amte Kozmin täglich eingesehen werden

Wir haben den Licitations-Termin auf den 2ten Oktober Vormittags 10 Uhr in loco Staniewo vor dem interimistischen Domainen-Rentmeister Tauer anberaumt, wozu Kauf- und Erwerbungslustige hiermit eingeladen werden.

Posen, den 26 August 1848.

Königliche Regierung, Abtheilung III.

Bekanntmachung.

Die Laura von Gorzenska, verehelichte von Grabowska und deren Ehemann, der Oberlandesgerichts-Assessor Constantin v. Grabowski zu Schroda haben, nachdem die Erstere für großjährig erklärt worden ist, die Gemeinschaft der Güter ausgeschlossen; was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Posen, den 8 August 1848.

Königl. Oberlandesgericht; Abtheilung für Nachlaß- und Vormundschaftssachen.

Bekanntmachung.

Am 20sten d. Mts. Vormittags um 8 Uhr sollen einige 60 Centner alte zum Einstampfen geeignete Akten und eine kleine Parthie, die zu Düten verbraucht werden können, in unserem Geschäftslokale meistbietend verkauft werden.

Kauflustige werden hierzu eingeladen.

Posen, den 4. September 1848.

Königl. Inquisitoriat.

Der noch im Dienst stehende Major v. Plonski in Gnesen verschuldet mir aus einem rechtskräftigen Erkenntnisse 89 Rthlr. 4 Sgr. 9 Pf. nebst Zinsen. Schon am 1sten März d. J. ist bei dem Land- und Stadtgericht zu Gnesen Exekution in das mindestens 1800 Rthlr betragende Gehalt des Schuldners nachgesucht, bis heute habe ich aber noch nicht einen Groschen von obiger Forderung erhalten. Diese kleine Notiz wollte ich nicht unterlassen, zur Charakterisirung unserer jetzigen Zustände der Prüfung des Publikums vorzulegen.

Posen, den 13. September 1848.

H. K.

Ist es erlaubt, daß der Distrikts-Commissarius Schmidt in Wielichowo mir seit einem Jahre bereits die zweite Wirthin heimlich ausmiethet?

Grätz, den 1. September 1848.

Dr. Hirsemann.